

Nach der Zusage der SPD zur Eurodrohne im April Kann FCAS noch gestoppt werden?

Viele in der SPD waren am 14. April 2021 unglücklich, dass ihre Partei drei Jahre zuvor im Koalitionsvertrag zugesagt hatte, "im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der Euro-Drohne [sic] weiter[zu]führen". Die Eurodrohne, die durch Airbus in Manching in Bayern produziert werden soll, ist ein EU-Projekt, dem neben Deutschland auch Frankreich, Italien und Spanien angehören. Die Exekutive dieser Länder konzipierten die Eurodrohne von vornherein als bewaffnungsfähig.

In der SPD gab und gibt es Widerstand gegen die Bewaffnung. Jedoch hätte eine Ablehnung der Eurodrohne durch die SPD am 14. April einen Koalitionsbruch bedeutet. Mit der Freigabe der ersten 49 Millionen Euro in diesem Haushaltsjahr ist die BRD nun vertraglich gebunden, 21 teure, bewaffnungsfähige Eurodrohnen mit einer deutschen Beteiligung von rund vier Milliarden Euro zu kaufen, die etwa in 2029 geliefert werden. Und der Generalunternehmer Airbus hat grünes Licht erhalten, bewaffnungsfähige und bewaffnete Eurodrohnen in der ganzen Welt zu vermarkten.

Mitte März 2014 hatte die SPD eine Projektgruppe gegründet, zu der auch prominente SPD-Kampfdrohnen-Kritiker*innen gehören, um bis Ende 2021 über ethische und rechtliche Fragen zu bewaffneten Drohnen zu befinden. Und noch am 23. März hatte das Finanzministerium des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz öffentlich deutlich gewarnt, dass das Vertragsangebot von Airbus unfair sei, was zu einer Kostenexplosion führen könne. Die Zusage der SPD im Haushaltsausschuss kam deswegen mit zwei strengen Maßgaben: um einerseits Kostenkontrollen und Ausstiegsmöglichkeiten zu sichern, und andererseits den Kauf von Munition für deutsche Eurodrohnen sowie das Training von Bundeswehr-Soldat*innen mit bewaffneten Drohnen zu verhindern.

Nun wurde bekannt, dass das Verteidigungsministerium schon am 23. Juni 2021 dem Verteidigungs- und dem Haushaltsausschuss einen Finanzierungsantrag in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro für das deutsch-französisch-spanische FCAS-Projekt zur Abstimmung präsentieren wird. FCAS, das Future Combat Air System, ist das bislang größte europäische Rüstungsprojekt: ein neuartiges Kampfflugzeug, das durch künstliche Intelligenz mit anderen bemannten oder unbemannten Kampfflugzeugen verbunden wird, mit Nuklearwaffen bestückt werden kann, und von bewaffneten Eurodrohnen und tödlichen autonomen Drohnen-Schwärmen begleitet wird. FCAS soll erst im Jahr 2040 einsatzbereit sein, um auch nachfolgende Generationen der ganzen Menschheit durch autonome Kriegsführung zu bedrohen – und das atomwaffenfähig.

FCAS kann und muss gestoppt werden! Bei der Abstimmung am 23. Juni wird es wieder hauptsächlich auf die SPD ankommen. Über FCAS gibt es keine Koalitionsvereinbarung und keinen wichtigen Grund, warum die SPD gerade in diesem Pandemie- und Wahlkampfjahr dem FCAS zustimmen sollte. Wegen der immensen Entwicklungskosten für FCAS – voraussichtlich insgesamt 100 Milliarden Euro – wäre der Bundeshaushalt bei einer Bewilligung eventuell über Jahrzehnte (!) schwer belastet. Und wieder wäre Airbus in Deutschland der Hauptnutznießer: Vor allem durch den weltweiten Export von FCAS wird ein Umsatz von 500 Milliarden Euro erwartet.

Die Rechtfertigungen für ein Ja zu FCAS kreisen um Themen wie Arbeitsplätze (bei Airbus), wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit sowie deutsche und europäische Unabhängigkeit. Statt Airbus zu finanzieren, sollten öffentliche Mittel zivile Arbeitsplätze schaffen, um den Herausforderungen unserer Zeit – wie Pandemie, Klimawandel, Armut und Krieg – besser gewachsen zu sein. So könnte Deutschland eine eigenständige Außenpolitik verfolgen.

Noch kann das FCAS gestoppt werden – doch leider ist das Thema bisher weder einer breiten Öffentlichkeit noch den Bundestagsabgeordneten, außer Verteidigungs- und Haushaltspolitiker*innen, gut bekannt. Deshalb empfiehlt die Drohnen-Kampagne allen, die gegen FCAS aktiv werden wollen, die FCAS-Gefahr so breit wie möglich bekannt zu machen. Zum zweiten ist es jetzt wichtig, zeitnah den Kontakt zu SPD-Politiker*innen vor allem des eigenen Wahlkreises zu suchen, damit sie ihren Widerspruch zu dem Projekt in die SPD-Bundestagsfraktion tragen können.

Elsa Rassbach ist in der Attac-AG Globalisierung und Krieg aktiv und vertritt Attac Deutschland in der Drohnen-Kampagne.

Material und mehr Infos gibt es unter drohnen-kampagne.de

Vorschau eines Artikels von Elsa Rassbach für den Attac-Rundbrief 2/2021 (erscheint Anfang Juni 2021)
www.attac.de/rundbrief